



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 888 890

F/XVI/239 - 23. Oktober 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a

Auf brüchiger Grundlage

72

Zu den Koalitionsverhandlungen
zwischen CDU/CSU und FDP

2 - 3

Die Hausfrauen sind stark verärgert

94

In den letzten drei Monaten wurde die Lebenshaltung
immer teurer

4 - 5

Unbefriedigender Vergleich

60

Nachwort zum Stielau-Prozess -
Echtheit des Anne-Frank-Tagebuches bestätigt

6 - 7

Zeitungssterben in Dänemark

71

Seit Kriegsende sind 50 Tageszeitungen eingegangen

* * *
* *

Auf brüchiger Grundlage

ap - Der Beschluss des Hauptausschusses der FDP, am Wochenende hinter streng bewachten Türen in der Bonner Beethovenhalle nach vielstündigen, erregenden Diskussionen gefasst, setzt nun das grüne Licht für den endgültigen Abschluss der Bildung einer Kleinen Koalition zwischen der CDU/CSU und der FDP. Der Ausgang des 17. September hatte die Partei des Herrn Mende in das Rampenlicht der deutschen und Weltöffentlichkeit gerückt; sie tat so, als ob sie die Mehrheit im vierten Deutschen Bundestag besäße. Doch wie schnell sollte dieser Siegesrausch verfliegen, sollte sich der klägliche Unterschied zwischen tönenden Worten und tatsächlichem Verhalten erweisen.

Herr Mende, der zwei Tage nach der Wahl so lautstark und kategorisch sein Nein zu einem vierten Kabinett Adenauer mit FDP-Beteiligung hinaus-schleuderte, sah sich bald darauf einem allmächtigen Druck in- und ausserhalb seiner Partei ausgesetzt, der ihn schliesslich auf die Knie zwang. Sein so hartes Nein wurde umgewandelt zu einem Ja für eine "befristete" vierte Kanzlerschaft des 86-jährigen Adenauer, wobei jedermann weiss, dass es kein verfassungsgerechtes Mittel zur Einhaltung einer solchen Tatsache gibt. Ein Kanzler auf Abruf ist ein Novum in der Parlamentsgeschichte, und Adenauer wird wohl in den kommenden Jahren selbst viele gute Gründe anführen, die ihn von seinem Versprechen - übrigens nicht schriftlich fixiertem Versprechen - entbinden mögen.

Die Empfehlung des Hauptausschusses der FDP an die allein zuständige Bundestagsfraktion der FDP, sich an einer Koalition mit der Kanzlerpartei zu beteiligen, kam erst nach stürmischen Diskussionen zustande. Ganze Landesverbände rebellierten, es hagelte Protesttelegramme aus allen Landesteilen, in einigen Fällen erfolgte demonstrative Niederlegung von Parteifunktionen. Aus allen Protesten sprach das Unbehagen über eine Haltung, für die der Ausdruck Unfall und Vertrauensbruch noch der schlichteste ist. Die Mehrheit des Hauptausschusses entschied sich jedoch für die von Mende und seinem Anhang vertretene Linie.

Die Empfehlung an die FDP-Bundestagsfraktion kommt einem Bruch aller von dem FDP-Vorsitzenden vor und nach den Wahlen abgegebenen Erklärungen gleich, ja, sie missachtet den Wählerwillen. Viele wählten die FDP, um die politischen Verhältnisse zu ändern, sie wählten die FDP,

um der Kanzlerschaft Adenauers ein Ende zu setzen, und sie wählten schliesslich diese Partei, um den Übermut der CDU/CSU zu brechen. Wohl die wenigsten von ihnen haben angenommen, dass Herr Mende um einiger Minister- und Staatssekretärsposten willen so rasch vom hohen Ross absteigen würde und nun vieles verbrennt, was bestimmend für die zukünftige Haltung sein sollte. In einer Stunde, die grosse Lösungen erfordert, wählte Herr Mende die kleine Lösung, gilt sein Bestreben der Ausschaltung der Deutschen Sozialdemokratie von der Regierungsverantwortung.

Mehr noch als in der CDU/CSU macht sich bei der FDP der Druck mächtiger Interessentenverbände bemerkbar. Hier liegt überhaupt der Schlüssel für das Verständnis des Verhaltens einer Partei, die vor den Wahlen mit der Losung auszog, die deutsche Politik aus ihrer Erstarrung und Bewegungslosigkeit herauszuführen. Bessere Einsichten müssen hier materiellen Gegebenheiten weichen. In allen Ministerreden seit dem 17. September zuletzt in der Ansprache des Bundeswirtschaftsministers Erhard auf der Berliner Industriemesse - klang in verdächtiger Wiederholung das Wort von grossen Opfern mit, die die Bundesrepublik in naher Zukunft zu ertragen haben werde.

Opfer? Gewiss, sie kommen auf uns zu, man denke nur an die die Milliardengrenze weit überschreitenden Ausgaben für den Luftschutz, an die zum festen Bestandteil in unserem Haushalt gewordene Entwicklungshilfe, an die erhöhten Ausgaben für die Verteidigung, an die in der Vergangenheit so sträflich vernachlässigten Gemeinschaftsaufgaben wie Bändigung des Verkehrschaos und vieles andere. Wer soll diese Opfer tragen, das ganze Volk, oder nur die breiten Massen? Macht und Einfluss der grossen Geldgeber reichen weit in die Kleine Koalition hinein, um ihren Bereich vor Opfern zu schützen und, sind diese unvermeidlich, auf die weniger gepolsterten Schichten unseres Volkes abzuwälzen. Die Architekten des vierten Kabinetts Adenauer aber mögen wissen: In der Sozialdemokratie werden sie einen unerbittlichen Gegner einer beabsichtigten Verkümmern der Sozialgesetzgebung finden.

Das vierte Kabinett Adenauer wird auf schwankendem Boden stehen, es ist keine entsprechende Antwort auf die Herausforderung unserer Zeit und auf die aussenpolitische Bedrängnis unseres Volkes. Diese Koalition ist eine Koalition von Geschlagenen und Wortbrüchigen. Sie spricht und handelt nicht für das ganze deutsche Volk. Von ihr strahlt keine die deutsche Nation führende Kraft aus, sie wird den kommenden Stürmen nicht standhalten.

Die Hausfrauen sind stark verärgert

In der Samstag-Ausgabe der "Frankfurter Rundschau" befasst sich der wirtschaftspolitische Redakteur dieser Zeitung, Alfons Montag, mit der seit Monaten verstärkten Freiswelle in der Bundesrepublik, die alarmierende Ausmaße angenommen hat.

Die Hausfrauen sind verärgert, denn von Woche zu Woche werden stärkere Anforderungen an ihren Geldbeutel gestellt. Spürbar ist die Lebenshaltung in den letzten drei Monaten teurer geworden; die Preisänderungen erstrecken sich auf viele für den Lebensunterhalt benötigte Esswaren und Getränke, daneben werden aber auch Preissteigerungen für andere Artikel des täglichen Gebrauchs gemeldet - von höheren Preisen für nicht lebensnotwendige Dinge, wie Schallplatten und für den Besuch von Sportveranstaltungen, ganz zu schweigen.

Den meisten Ärger verursachen die Preiserhöhungen für Brot und Kartoffeln, obwohl von diesen Grundnahrungsmitteln längst nicht mehr so grosse Mengen verbraucht werden, wie noch vor zehn Jahren. Da aber Brot und Kartoffeln immer noch zu den wichtigsten Lebensmitteln gehören und keine Hausfrau ohne beide Lebensmittel auskommen kann, fallen deren Verteuerungen besonders auf. Dabei spielt es gar keine Rolle, wenn das Brötchen nur einen Pfennig teurer wird und das Brot nur fünf Pfennig - die Tatsache allein ist entscheidend. Die Bauern verteidigen die Preiserhöhungen für die Kartoffeln mit der angeblich geringeren Ernte; die Bäcker behaupten, die Brotpreiserhöhung sei kalkulatorisch gerechtfertigt, weil nicht nur das Mehl teurer geworden sei, sondern Mehraufwendungen infolge der gestiegenen Betriebskosten bei Maschinen, Geräten und Energie hinzukämen. Das Argument, die Ansprüche der Verbraucher bei der Verpackung seien erheblich gestiegen, ist allerdings abwegig, denn die besonderen Wünsche für geschnittenes oder spezielles Brot müssen sowieso seit längerer Zeit entsprechend bezahlt werden.

Nur Pfennige?

Die Verteuerung für Brot und Kartoffeln mag im Geldbeutel nur Pfennige ausmachen - stärker sind aber die Preiserhöhungen des Bolog, also von Butter und Wurst, zu spüren. Für die nächsten Wochen und mit dem Heranrücken des Weihnachtsfestes, zu dessen Vorbereitungen der Butterverbrauch für die Weihnachtsstollen zunimmt, ist mit weiter nach oben gerichteten Butterpreisen zu rechnen. Billigere Auslandsbutter wird nur in geringem Umfang hereingelassen; die Mengen dienen nur dazu, den Spitzenbedarf zu decken. Neben den Wurstwaren, die durchschnittlich um 20 bis 40 Pfennig je Kilogramm teurer wurden, müssen die Hausfrauen jetzt auch mehr Geld für Speck und Fleisch ausgeben. Nach der Statistik, die allerdings zwei Monate hinter den Ereignissen herhinkt, ist Schweine- und Kalbfleisch, Rindfleisch zum Kochen und frisches Bauchfleisch nur um fünf Pfennig je Kilogramm teurer geworden, jedoch bezieht sich das nur auf den Anstieg vom Juli bis August dieses Jahres.

Neben Fisch sind vor allem auch Obst und Gemüse sehr viel teurer als im Vorjahr und infolgedessen auch Tiefkühl Obst und -gemüse, Konserven und Obstsaft. Die Statistik meldet für den August dieses Jahres gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine Verteuerung bei Obst um 78,5 Prozent und bei Gemüse um 60,6 Prozent. Dabei muss man noch berücksichtigen, dass vom Juli bis zum August dieses Jahres die Preise

für Gemüse um durchschnittlich 48 Prozent zurückgingen. So gaben die Preise für Weiskohl, Spinat und grüne Bohnen nach sowie die für Zwetschen und Pfirsiche, während Äpfel und Birnen - wohl wegen der knappen Ernte - teurer abgegeben wurden. Als Folge dieser Preisänderungen gegenüber dem Vorjahr werden nun auch die Erzeugnisse aus Obst und Gemüse, also Obstsaft, tiefgefrorenes Obst und Gemüse sowie Gemüsekonserven zu höheren Preisen als im Vorjahr angeboten. Interessant ist jedoch, dass nach der amtlichen Statistik des Bundesamtes in Wiesbaden der Gesamtindex für die Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel vom August des vergangenen Jahres bis zum entsprechenden Monat dieses Jahres nur um 1,1 Prozent zugenommen hat. Höheren Ausgaben für Neubauten und Maschinen sowie Brenn- und Treibstoffe stehen Verbilligungen des Saatgutes, der Futtermittel sowie des Nutz- und Zuchtviehes gegenüber.

Während die Ausgaben für die Ernährung nach den Feststellungen des Statistischen Bundesamtes im August dieses Jahres um 3,7 Prozent über denen im August vergangenen Jahres lagen, waren die Kosten für die Wohnung um 4,5 Prozent, die Aufwendungen für Heizung und Beleuchtung um 1,5 Prozent höher. Für Hausrat mussten 2,8 Prozent, für Bekleidung 2,4 Prozent, für Reinigung und Körperpflege drei, für Bildung, Unterhaltung und Erholung fünf und für die Beförderung 3,3 Prozent mehr ausgegeben werden als im vergangenen Jahr. Hierin sind aber die weiteren Preissteigerungen der beiden letzten Monate noch nicht enthalten. So werden Verteuerungen gemeldet für Glas und Porzellan, für manche Textilien und Oberbekleidungsstücke, für Rundfunk-, Fernsehgeräte, Musiktruhen und für Schallplatten. Bei Mineralwasser und Spirituosen sind die Preissteigerungen beträchtlich. Die Damen- und Herrenfriseure verlangen ebenfalls sehr viel mehr für die Verschönerung. Die Mineralölgesellschaften haben auf Benzin- und Dieselkraftstoff einen halben Pfennig je Liter aufgeschlagen, und die Eintrittspreise zu sportlichen Veranstaltungen, selbst zum bevorstehenden Sechstagerrennen in Frankfurt, werden jetzt erheblich höher angesetzt als im Vorjahr. Allerdings kann man in diesem Fall sagen, dass es sich nicht um lebensnotwendige Dinge handelt, obwohl auch solche Verteuerungen das Bild von Preiserhöhungen auf breiter Front und in allen Bereichen des täglichen Lebens abrunden.

Es geht an die Substanz

Eine Preiswelle in solcher Höhe und in solchem Umfang zehrt nicht nur die Lohn- und Gehaltserhöhungen auf, sondern geht bereits an die Substanz. Allein der Lebenshaltungsindex, für den nur ein bestimmter Warenkorb zugrunde gelegt ist und der nicht alle zeitgemässen Ansprüche der Bürger enthält, weist in den letzten zwölf Monaten eine Zunahme um 3,3 Prozent auf. Dieser Satz ist höher als der Zinssatz, den die Sparer auf ihre Sparguthaben erzielen. Sobald aber die Verteuerung die Zinsen des Sparkapitals völlig verzehren und darüber hinausgehen, wird es gefährlich. Der Kaufkraftschwund greift das Sparkapital an - das ist ein Alarmzeichen für die Volkswirtschaft.

+ + +

Unbefriedigender Vergleich

sp - Der Vergleich, der am 17. Oktober im Stielau-Prozess vor der Dritten Grossen Strafkammer des Landgerichts Lübeck zustande kam, hat zu erheblichen Diskussionen Anlass gegeben. Das wird mit einer Kritik an dem Vorsitzenden der Strafkammer, dem Landgerichtsdirektor Freiherr von Bredow, verbunden.

Stielau hatte am 10. Oktober 1958 als Studienrat in der Schülerzeitung seiner Schule in Lübeck über "Rassenschulzen" geschrieben und dabei die Echtheit des Tagebuches des jüdischen Mädchens Anne Frank, ohne es selbst gelesen zu haben, mit den Worten in Zweifel gezogen: "Die gefälschten Tagebücher der Eva Braun, der Königin von England und das nicht viel echtere der Anne Frank haben den Nutzniessern der deutschen Niederlage zwar einige Millionen eingebracht, uns dafür aber auch recht empfindlich werden lassen".

Stielau, der Kreisvorsitzende der DRP in Lübeck, wurde darauf bei Weitergewährung des Gehalts in Höhe von 1 400 DM monatlich vom Kultusministerium in Kiel vom Dienst suspendiert, von seiner Partei aber für Wahlkämpfe und die Führung der DRP-Jugend in Schleswig-Holstein freigestellt. Der Landesvorsitzende der DRP, der Bauer Heinrich Buddeberg, stellte sich in einem Leserbrief an die "Lübecker Nachrichten" hinter Stielau, so dass die strafrechtlichen Ermittlungen auch auf ihn ausgedehnt wurden.

Drei Jahre benötigte die Staatsanwaltschaft, um Stielau wegen Beleidigung und übler Nachrede ebenso wie Buddeberg anzuklagen. Das Positive der als wesentlich zu lange kritisierten Ermittlungen ist die Tatsache, dass durch drei Gutachten einwandfrei festgestellt worden ist, das Tagebuch der Anne Frank ist echt. Die von ihrer Grossmutter angefertigte Übersetzung in die deutsche Sprache bringt zwar einige "Erwachsenenformulierungen", verändert aber an dem kindlichen Erlebnisbericht nichts.

Stielau und Buddeberg indes haben das Tagebuch überhaupt nicht gelesen. Stielau bezog seine Weisheit aus dem Zentralorgan der DRP, dem "Reichsruf", der die Behauptung über das Tagebuch aufgestellt hatte, ohne dass sich jemals ein Staatsanwalt bemüssigt fühlte, gegen dieses rechtsradikale Blatt vorzugehen. Durch den Vergleich zu Lübeck aber ist die wissenschaftlich erhärtete Tatsache, dass das Tagebuch der Anne Frank, die von den Nationalsozialisten in Bergen-Belsen umgebracht wurde, wirklich in jeder Beziehung echt ist, völlig untergegangen. Eine durchaus mögliche Bestrafung des Stielau hätte diesen zeithistorisch wichtigen Tatbestand wesentlich klarer hervortreten lassen.

Daneben hatte man auch den Eindruck, dass der Gerichtsvorsitzende von Bredow über das übliche Maß hinaus auf den Vater der Anne Frank einwirkte, sich nur doch zum Vergleich bereitzufinden. Dabei wurde dem 72 Jahre alten Herrn angedeutet, er werde auch im Falle der Verurteilung von Stielau einen Teil der Gerichtskosten zu tragen haben. Der Vater, der sich bitter darüber beklagte, dass er nun schon drei Jahre lang um die Ehre seiner umgebrachten Tochter habe kämpfen müssen und nicht noch durch weitere Instanzen prozessieren wollte, willigte schliesslich ein. So kam es denn, dass Stielau und Buddeberg erklärten, der Vorwurf der Fälschung des Tagebuchs bestehe nicht zu Recht.

Stielau muss 1 000 DM Gerichtskosten zahlen. Das wird notfalls seine Partei für ihn tun. Wir Steuerzahler haben die anderen 39 000 DM Gerichtskosten auf uns zu nehmen. Wirklich erstaunlich, dass der Staatsanwalt zu Lübeck nicht betont gegen den Vergleich auftrat, mit dem der Richter von Bredow den Vater der Anne Frank drängte. Der Vergleich befriedigt in der Tat keineswegs. War es doch im Gerichtssaal offensichtlich, dass vor allem Stielau, der einmal von der verbotenen SRP Niedersachsens nach Lübeck in den Schuldienst einrückte, sich dem Gedankengut des freiheitlichen Rechtsstaates nicht unbedingt verpflichtet fühlt.

Zeitungssterben in Dänemark

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Der "Zeitungstod" ist in Dänemark ein trübes und vielbesprochenes Diskussionsthema geworden, seitdem nach Kriegsende 50 Tageszeitungen aller politischen Schattierungen im Kampf gegen wirtschaftliche Schwierigkeiten untergehen mussten. Geradezu sensationell war die Wirkung, die kürzlich das Ableben der angesehenen konservativen Kopenhagener Zeitung "Dagens Nyheder" auf die Öffentlichkeit hatte. In einer dramatischen Nachmittagsstunde eines Samstags beschloss die Schriftleitung, die Zeitung kurzerhand einzustellen, und am folgenden Sonntagmorgen erschien die "Dagens Nyheder" zum letzten Male mit der mit Schwarzrand umgebenen Schlagzeile "Das Sterben unserer Zeitung". Nach 93 Jahren musste eine der ältesten Tageszeitungen Dänemarks aufgeben.

Das Ende der "Dagens Nyheder" hat vor allem deshalb ein besonderes Interesse hervorgerufen, weil dieser Fall die Frage über die finanzielle Abhängigkeit (beziehungsweise Unabhängigkeit) der Zeitungen von Interessenverbänden oder kapitalstarken Personengruppen aufwirft. "Dagens Nyheder" gehörte ursprünglich einem privaten Zeitungskonzern unter der Leitung des berühmten Geheimrats Forslew, der eine Kette von Zeitungen in der dänischen Hauptstadt gründete und für die damaligen Verhältnisse ein wahrer "Zeitungskönig" war. Die Erben verspöckten die grossen Aktiven und verpassten insbesondere die Pflege der Kleininserate. Seit mehr als 25 Jahren wurde "Dagens Nyheder" vom dänischen Arbeitgeberverband zusammen mit der Industriegesellschaft herausgegeben und finanziert; die beiden grossen Organisationen haben schätzungsweise zwei Millionen Kronen pro Jahr in die Zeitung gesteckt, Gelder, die als "verlorene Zuschüsse" abgeschrieben wurden. In den letzten beiden Jahren sind die verlorenen Zuschüsse auf mehr als drei Millionen Kronen angewachsen, und für 1961 musste mit einem Verlust von annähernd vier Millionen Kronen gerechnet werden.

Als diese Tatsache den beiden Organisationsvorständen klar wurde, beschloss man, bis zum Jahresende die Weiterzahlung einzustellen. Noch war es aber möglich, die "Dagens Nyheder" zu retten, wenn die Herausgeber auch nur ein bisschen Maß an Verständnis für das Zeitungswesen gehabt hätten. Unter dem ultimativen Eindruck der Haltung der beiden Verbände glaubte der Chefredakteur nichts anderes tun zu können, als

sofort die Zeitung zu schliessen. Er nutzte, vielleicht bewusst, nicht die Möglichkeit aus, einen anderen Ausweg zu suchen. Dadurch wurde der "Skandal" dramatisiert und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das Problem des Zeitungstodes erst recht gelenkt. "Dagens Nyheder" hatte mit einer Auflage von nur 20 000 Exemplaren (die grösste Zeitung Dänemarks, das Boulevardblatt "B.T.", erscheint täglich mit 180 000 Exemplaren) einen Tiefstand erreicht, der hoffnungslos erschien. Als aber die Redakteure und Journalisten nach dem Einstellen der Zeitung beschlossen, einen Versuch zu unternehmen, um "Dagens Nyheder" in einen Privatfonds umzuwandeln und so die Zeitung zu retten, lehnten die Herausgeber es ab, die Aktien und das Zeitungsgebäude den Journalisten zu überlassen. "Dagens Nyheder" musste sterben.

Der Grundfehler, behaupten nunmehr manche, ist es gewesen, dass wirtschaftliche Interessenverbände die Zeitung unter ihren Einfluss bezamen und dadurch imstande waren, "ihre" Politik zu machen. Tatsächlich war "Dagens Nyheder" das inoffizielle Sprachrohr der Arbeitgeberinteressen im politischen Tageskampf und in den Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften, obwohl das Eigentumsverhältnis nach aussen verschwiegen wurde. Als der Chefredakteur der "Dagens Nyheder" vor wenigen Tagen öffentlich seine früheren Herausgeber scharf angriff und noch dazu die konservative Partei als die schlimmsten Vertreter der "warmzerfressenen bürgerlichen dänischen Gesellschaft" bezeichnete, musste man sich allerdings fragen, wie es diesem verantwortlichen Zeitungsleiter möglich gewesen ist, sein ganzes Leben lang gerade diesen wirtschaftlichen und politischen Interessen so warmherzig zu dienen.

Von den rund 125 Tageszeitungen, die vor dem Kriege in Dänemark bestanden, sind heute nur ungefähr 80 am Leben. Die wirtschaftliche Konzentration in der Zeitungswelt ist teilweise für diese Entwicklung verantwortlich, zum anderen aber wurden viele der eingegangenen Zeitungen von ihren eigenen redaktionellen und technischen Unzulänglichkeiten ausgehöhlt. Lange Jahre war es "politisches Gebot", dass in jeder dänischen Stadt sämtliche vier klassischen demokratischen Parteien mit einer eigenen Zeitung vertreten sein mussten, was zu grotesken Übertreibungen - und irrationaler Verschwendung von Geld und Kräften - führte. Immerhin wird der Zeitungstod in Dänemark vielfach bedauert, weil auch gute und kluge Sprachrohre verstummen, die viel zur Erhaltung einer gesunden politischen Meinungsbildung in einem demokratischen Staat beigetragen haben.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler